

Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert

Band 1: 1900–1945

Lösungen

Impressum

© 2012

CARE-LINE Verlag in Druck+Verlag Ernst Vögel GmbH
Kalvarienbergstr. 22, 93491 Stamsried
Tel.: 0 94 66 / 94 04 0, Fax: 0 94 66 / 12 76
E-Mail: careline@voegel.com
Internet: www.care-line-verlag.de

Redaktion: Eva Christian

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für die Kopier- und Folienvorlagen räumt der Verlag ein Vervielfältigungsrecht durch Fotokopien und Thermokopien ein – ausdrücklich aber nur für den jeweiligen Unterrichtsgebrauch.

Lösung zu S. 12

1. Gruppe 1: Wirtschaftliche Gründe

- Sicherung zusätzlicher Absatzmärkte
- Quellen für fehlende Rohstoffe
- neue Siedlungsgebiete für überschüssige Bevölkerung aus Europa

Gruppe 2: Politische Gründe

- Streben nach Größe und Weltgeltung
- Sicherung von internationaler Bedeutung
- Streben nach Macht und Ansehen
- Sicherung der eigenen Nation durch militärische Stützpunkte auf der ganzen Welt

Gruppe 3: Gesellschaftliche Gründe

- Gefühl der Überlegenheit gegenüber nichtindustrialisierten Weltteilen
- Gefühl der Verpflichtung, den Menschen dort die eigene Zivilisation, den eigenen Glauben und das eigene Wertesystem nahe bringen zu müssen

2. Die Aussage des französischen Außenministers ist höchst anmaßend. Er stellt Zivilisation und Traditionen Frankreichs über alles und bewertet diese als das höchste erreichbare Ziel, das alle, notfalls auch gegen ihren Willen, erreichen sollen.

Lösung zu S. 13

Lösungen siehe im Buch S. 7

Lösung zu S. 15

Lösung siehe im Buch S. 7

Lösung zu S. 16

1. Importiert wurden u. a. Gold, Kupfer und Diamanten, vor allem aber Kaffee, Gewürze, Tee und Tabak. Die Deutschen, die sich in den Kolonialgebieten ansiedelten, lebten vor allem von Ackerbau und Viehzucht.
2. Zu den Unruhen und Kämpfen kam es, weil die Deutschen die ursprünglichen Bewohner des Landes wie Menschen zweiter Klasse behandelte, ihnen ihr Land wegnahmen und sie fast wie Sklaven behandelten und als billige Arbeitskräfte ausbeuteten. Dagegen begehrteten die Stämme, vor allem Herero und Nama, später auch einige andere, auf und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, die in einem Völkermord an den Herero gipfelte (60.000 Herero sind dabei umgekommen).

3. Mögliche Quellen zur Recherche:

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Namibia_node.html (Informationen des Auswärtigen Amtes über Namibia; deutsch)
www.namibia-botschaft.de (Botschaft der Republik Namibia in Deutschland; deutsch/englisch)
www.grnnet.gov.na (Regierung der Republik Namibia; englisch)
www.informante.web.na (Namibische Zeitung; englisch)
www.insight.com.na (Namibische Zeitschrift; englisch)
www.nampa.org (Presseagentur Namibias; englisch)

Lösung zu S. 17

1. 1879: Zweibund mit Österreich => gegenseitige Hilfe bei einem russischen Angriff, Neutralität bei einem Angriff durch eine andere Macht

1882: Erweiterung des Zweibunds zum Dreibund durch Hinzukommen Italiens

1887: Rückversicherungsvertrag mit Russland => Neutralität, wenn Russland von England oder einer anderen Macht angegriffen wird; Neutralität Russlands, wenn Deutschland von Frankreich angegriffen wird

2. Wichtige Bündnisse gehen für das Deutsche Reich nach der Entlassung Bismarcks verloren. Der Rückversicherungsvertrag mit Russland wird nicht erneuert => Russland verbündet sich mit Frankreich. Ein Bündnis mit England wird abgelehnt => auch England verbündet sich mit Frankreich. In der Folge kommt es zu einem Dreierbündnis zwischen England, Frankreich und Russland.

Lösung zu S. 18

Lösung siehe im Buch S. 7

Lösung zu S. 19

Durch den Sieg des Deutschen Reiches im Krieg gegen Frankreich und die Übernahme von Elsass-Lothringen geriet das Kräftegleichgewicht innerhalb Europas ins Wanken. Das sah nicht nur das verärgerte Frankreich so, sondern auch die Großmächte England und Russland. Indem Bismarck sich auf Europa konzentrierte, konnte er einerseits seine Kräfte dort bündeln, andererseits beschwichtigte dies aber auch die anderen europäischen Großmächte, die in Hinsicht auf die Kolonien keine Konkurrenz durch das Deutsche Reich befürchten mussten.

Lösung zu S. 20

1. Nationalismus:

Überzeugung, dass die eigene Nation über allen anderen steht; die Bevölkerung zieht ein ganz eigenes Selbstbewusstsein aus der Tatsache, dass sie zu dieser Nation gehört.

Militarismus:

Das Militär steht im Zentrum des Interesses und alles wird auf dieses hin ausgerichtet. Dies wird nicht nur durch ein Aufrüsten deutlich, sondern auch durch Propaganda, militärische Schulung (schon in der Schule beginnend), Uniformen, an Uniformen angelehnte Zivilkleidung, Kriegsspielzeug etc.

2. Die Flotte war für die europäischen Großmächte aufgrund der Kolonialisierung so wichtig. Um die Kolonien zu erreichen und einzunehmen, mussten die Nationen über eine entsprechend große Flotte verfügen. England, das bis dahin in Hinsicht auf die Flotte immer eine Vormachtstellung hatte, sah diese durch das Aufrüsten des Deutschen Reiches in Gefahr.

Lösung zu S. 21

1. Wilhelm II. eröffnete Österreich durch die Zusage der Bundestreue, die Option, ganz nach seinem Gutdünken in der Auseinandersetzung mit Serbien zu handeln. Er ermöglichte es erst, dass Österreich Serbien den Krieg erklärte.

Lösung zu S. 24

Gruppe 1:

1. Die Ernährung der Familien verschlechterte sich drastisch. Viele Nahrungsmittel waren gar nicht mehr oder nur noch in sehr geringen, rationierten Mengen zu bekommen. Zum Teil wurde man nicht mehr richtig satt von den zugeteilten Mengen.
2. Je nach Wurstsorte braucht man ca. 30–60 g für ein Brötchen.

Gruppe 2:

1. Die Grundlagen der Wirtschaft änderten sich komplett. Die Produktion war vor allem auf Waffen ausgerichtet. In den Fabriken arbeiteten fast ausschließlich Frauen, weil die Männer als Soldaten in den Krieg zogen. Bald gab es einen Mangel an Rohstoffen, da der Import blockiert wurde. Daher wurde alles, was verwertet werden konnte, gesammelt und wieder neu verarbeitet.
2. Frauen wurden als Arbeitskräfte in Fabriken eingesetzt. Die Kinder wurden angehalten „Rohstoffe“ zu sammeln und in den Schulen abzuliefern.

Gruppe 3:

Krieg wird nie nur zwischen Ländern geführt. Es sind immer auch Personen involviert, deren Leben sich durch den Krieg von Grund auf verändert. Die Menschen leiden Not, weil ihnen wichtige Lebensgrundlagen (Nahrung, Kleidung, Medizin) plötzlich fehlen, ihr Leben ist bedroht und sie verlieren Freunde und Angehörige in den Kämpfen.

Lösung zu S. 25

1. Die „fleischlosen Tage“ hatten eine zweifache Ursache: Einerseits mussten die Männer, die die Bauernhöfe bewirtschafteten, als Soldaten in den Krieg ziehen. Zurück blieben die Frauen, die sich nun alleine um die Kinder und Alten kümmern und dafür sorgen mussten, dass das Nötigste zum Leben da war. Die Erträge aus der Landwirtschaft gingen dadurch zurück. Außerdem wurden mit dem Fleisch erst einmal die Soldaten an der Front versorgt. Für die Bevölkerung, die keinen Kriegsdienst tat, wurden viele Nahrungsmittel, darunter Milch und Fleisch, streng rationiert. Je länger der Krieg andauerte, desto schlechter wurden die Zustände in der Landwirtschaft.
2. Die Menschen konnten Lebensmittelmarken, die ausgegeben wurden, gegen Lebensmittel eintauschen. Da es diese oft nur in sehr geringen Mengen gab, versuchte man im Tauschhandel zusätzliche Lebensmittel zu bekommen oder sich, soweit möglich, bei der Verwandtschaft auf dem Land etwas zu holen.

Lösung zu S. 26

1. Die Soldaten, die gerade erst in den Kampf zogen, hatten das Gefühl, dass sie auf jeden Fall gewinnen würden. Sie rechneten mit einem schnellen Sieg, nicht mit einem lange andauernden Krieg. Motiviert wurden die Soldaten darüber hinaus durch entsprechend formulierte Presseberichterstattung und Propagandareden. Die Soldaten kannten die Realität des Krieges nicht. Dies änderte sich mit den Kampfeinsätzen schnell, wenn sie mit ansehen musste, wie ihre Kameraden verwundet wurden oder starben und ihr eigenes Leben bedroht war.

Heute ist es umstritten, dass die Kriegsbegeisterung sich durch alle Bevölkerungsschichten gezogen hat. Vielmehr gelangen Historiker zu der Überzeugung, dass die Kriegsbegeisterung vor allem die bürgerlich-akademische Bevölkerung der Großstädte ergriffen hatte, dass jedoch bei den Arbeitern und der ländlichen Bevölkerung schnell Angst und Panik vorherrschten.

2. Die Soldaten waren nicht auf das vorbereitet, was sie im Krieg erwartete. Man wollte ihnen nicht durch Schilderung langer, verlustreicher Kämpfe Angst machen, sondern sie dadurch, dass man ihnen einen schnellen, überlegenen Sieg vor Augen hielt, motivieren.
3. Die Kriegsbegeisterung wurde durch gezielte Propaganda erzielt, wobei hier die Presseberichterstattung eine große Rolle spielte.

Lösung zu S. 27

1. Überzogenes Nationalbewusstsein und Militarismus stellen Krieg als notwendig bzw. unvermeidbar dar. Auf die negativen Folgen nicht nur für die Verlierer, sondern für alle Beteiligten, wird dabei kein Augenmerk gelenkt. Als den Beteiligten am Ersten Weltkrieg klar wurde, welche Auswirkungen der Krieg hat, mussten sie erkennen, dass Nationalismus und Militarismus sich für alle nur negativ auswirken konnten.
2. An den Schrecken des Ersten Weltkrieges denkt heute kaum mehr jemand in Deutschland. Gründe gibt es dafür mehrere. Zum einen sind die meisten der Zeitzeugen von damals bereits verstorben. Es gibt also kaum mehr jemanden, der von seinen eigenen Erfahrungen berichten könnte. Außerdem überdeckt der historisch weniger weit zurückliegende Zweite Weltkrieg die Erinnerungen daran, was nur wenige Jahre zuvor stattgefunden hatte. Für viele jüngere Generationen, die keinen der Kriege selbst erlebt haben, kommt hinzu, dass die Aufmerksamkeit sich auf die Krisen unserer Zeit richtet und die nicht selbst erlebte Vergangenheit dabei in den Hintergrund rückt.
3. Von deutscher Seite aus hatte man nicht damit gerechnet, dass Frankreich und Russland für einen Krieg bereit wären. Deutschland war zur damaligen Zeit weitgehend isoliert und wollte Österreich-Ungarn nicht als Verbündeten verlieren. Man glaubte, das Risiko eingehen zu können, dass Russland in den Krieg eingreifen würde. Weiterhin war nicht geplant, Frankreich oder eine weitere Weltmacht in den Krieg zu ziehen. Doch Frankreich wollte seinem Bündnis zu Russland treu bleiben und sich nicht neutral verhalten, wie von Deutschland gefordert. Durch die Invasion in Belgien, um gegen Frankreich vorzugehen, sah sich schließlich auch Großbritannien bedroht. Dadurch wurde ein weiterer Gegner, mit dem man nicht gerechnet hatte, in das Kriegsgeschehen hineingezogen.

Lösung zu S. 28

1. Dem Marinesoldaten und seinen Kameraden war im Oktober 1918 bereits klar, dass der Krieg verloren war. Sie wollten kapitulieren, um noch mehr unnötige Kriegsoffer zu vermeiden.
2. Die Matrosen wollten die Kämpfe einstellen. Der Kaiser sollte abdanken und der Frieden sollte verhandelt werden. Die Offiziere hatten nur im Blick, den letzten Kampf ruhmreich zu bestehen, auch wenn der Krieg im Ganzen gesehen verloren war. Ihnen ging es um die Ehre, nicht um die Einzelnen, die in diesen Kämpfen zu Tode kommen würden.
3. Prinz Max von Baden, der letzte Kanzler des Kaiserreichs verkündete die Abdankung Kaiser Wilhelms II.
4. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs verlor Wilhelm II. immer mehr an Macht. Er wurde sozusagen abgelöst von der Heeresleitung, vor allem unter Hindenburg und Ludendorff, die ihn nahezu von allen politisch-militärischen Entscheidungen ausschloss.
5. Auslöser der Revolution war ein Aufstand der Matrosen. Diese meuterten dagegen, in eine letzte Schlacht geschickt zu werden, obwohl der Krieg offensichtlich schon verloren war. Dem Aufstand der Matrosen schlossen sich schnell weitere Bevölkerungsschichten an. Erklärtes Ziel war es, dass der Kaiser abdanken sollte, damit Frieden geschlossen werden könnte.

Lösung zu S. 29

1.

	Parlamentarische Demokratie	Räterepublik
Staatsgewalt	in drei unabhängige Gewalten geteilt	nicht geteilt, liegt beim Reichskongress der Räte
Weisungen	Abgeordnete sind nicht an Weisungen gebunden	Räte sind an Weisungen gebunden, können abgewählt werden
Wahlberechtigte	alle Menschen, egal aus welcher Schicht	nur Arbeiter, Soldaten und Bauern

2. Die Räte haben auf der jeweiligen Ebene, auf der sie gewählt sind, uneingeschränkte Macht. Sie erlassen Gesetze, urteilen nach ihnen und führen sie aus. Somit kann es auch leicht zu einem Machtmissbrauch kommen.

Lösung zu S. 30

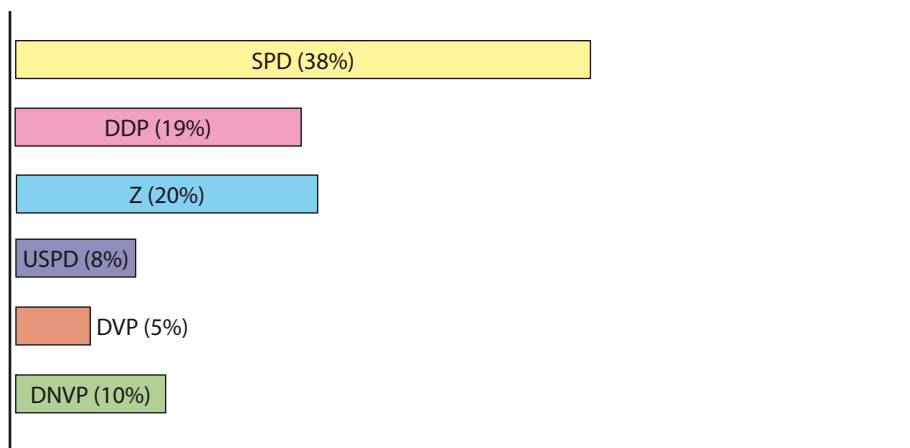
1. allgemein: alle Bürger eines Staates haben das Recht zu wählen, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Bildungsstand, Einkommen oder Religion

direkt: jeder Wähler gibt seine Stimme direkt für denjenigen ab, den er wählen will; es stehen z. B. keine Wahlmänner dazwischen

gleich: jede Stimme wird bei der Wahl gleich gewichtet

geheim: jeder Wähler gibt seine Stimme geheim ab

2.



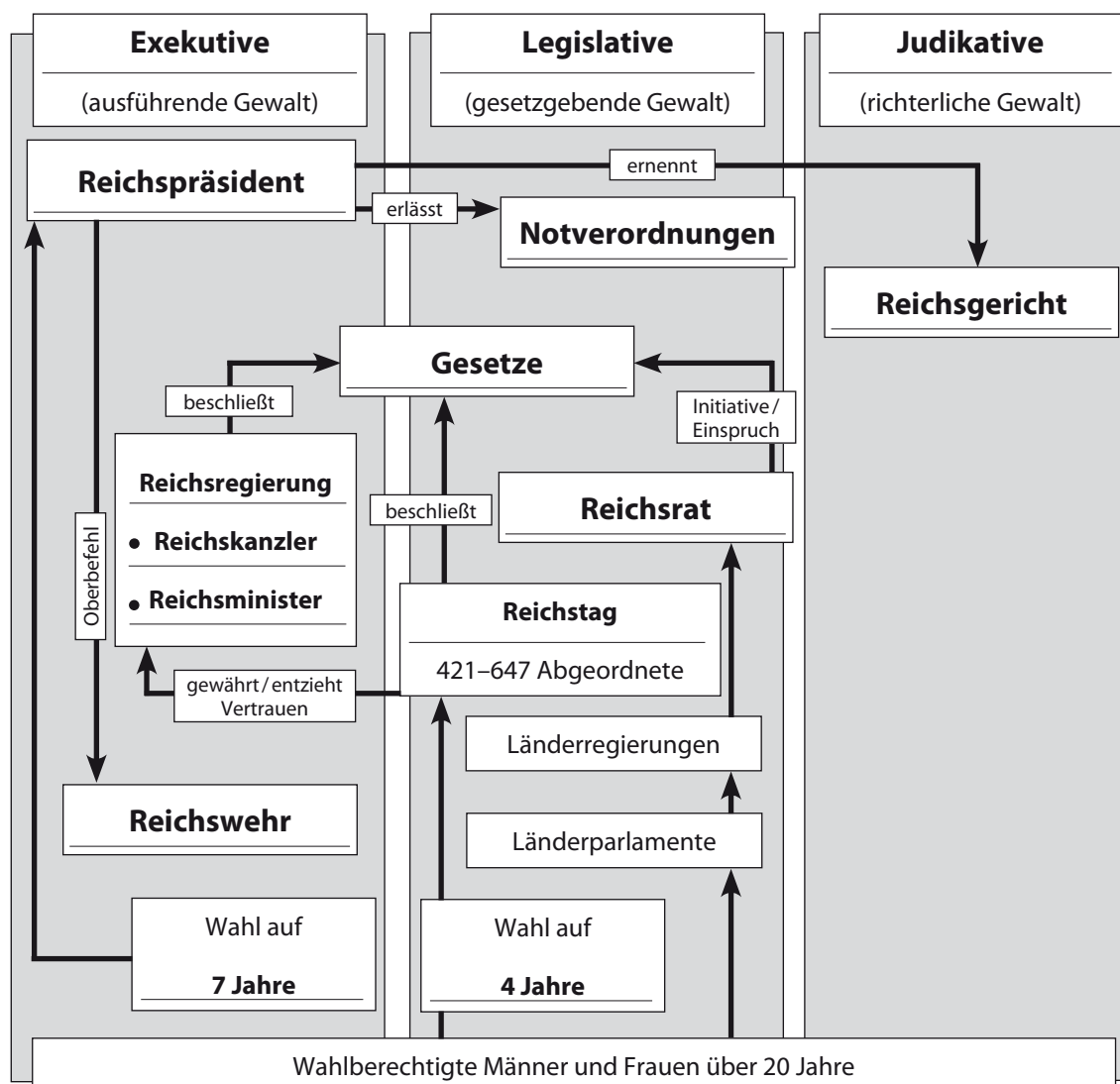
3. Die Unterscheidung zwischen politisch rechts und links soll auf die Sitzordnung in der französischen Abgeordnetenversammlung von 1814 zurückgehen. Dort saßen – vom Präsidenten aus gesehen – auf der rechten Seite diejenigen Parteien, die für den Erhalt der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eintraten, auf der linken Seite saßen diejenigen Parteien, die eine Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse anstrebten. (Quelle: www.bpb.de)

Der Unterschied zwischen politisch rechts und links orientiert kann durch Gegensatzpaare beschrieben werden, die aber nicht in jedem Land immer voll zutreffen müssen.

politisch rechts orientiert	politisch links orientiert
elitär	egalitär
konservativ	progressiv
nationalistisch	internationalistisch

Lösung zu S. 31

1.



2. Exekutive, Legislative, Judikative

3. Reichspräsident und Reichstag

4. Völkerrechtliche Vertretung, Oberbefehl über die Reichswehr, Erlass von Notverordnungen, Ernennung des Reichsgerichts

Lösung zu S. 32

Friedrich Ebert:

- 1871 4. Februar: Friedrich Ebert wird als Sohn des Schneidermeisters Karl Ebert und seiner Frau Katharina in Heidelberg geboren.
- 1885–1888 Sattlerlehre
- 1889 Ebert begibt sich auf Gesellenwanderschaft. In Mannheim kommt er mit der sozialistischen Bewegung in Kontakt. Er tritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ein und engagiert sich gewerkschaftlich.
- August: Er wird Schriftführer des Sattlerverbandes in Hannover.
- 1889–1891 Da Ebert wegen seiner politischen Tätigkeit auf der „schwarzen Liste“ der Polizei steht, wechselt er ständig seinen Wohnort.
- 1891 Ebert lässt sich in Bremen nieder. Er finanziert seinen Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeiten.
- 1891–1905 Zeitweise ist er Vorsitzender der Filiale des Sattlerverbandes und des Gewerkschaftskartells in Bremen.
- 1893 Ebert wird Lokalredakteur der „Bremer-Bürgerzeitung“.
- 1894 Wahl zum Parteivorsitzenden der Bremer SPD.
- 1900–1905 Ebert wird in die Bremer Bürgerschaft gewählt und führt deren sozialdemokratische Fraktion. Zur gleichen Zeit ist er Arbeitersekretär.
- 1904 Als Präsident des in Bremen tagenden Parteitages der SPD wird er einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.
- 1905 Sekretär des Vorstands der SPD in Berlin, er siedelt dorthin über.
- 1912 Er wird für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen in den Reichstag gewählt.
- 1913 20. September: Nach dem Tod August Bebel's wird Ebert auf dem Parteitag in Jena gemeinsam mit Hugo Haase zum Parteivorsitzenden gewählt.
- 1914 Ebert wird im Urlaub von der „Juli-Krise“ überrascht. Er reist zusammen mit dem Parteikassierer Otto Braun nach Zürich, um im Fall eines SPD-Verbots eine Auslandsleitung aufzubauen.
6. August: Sechs Tage nach Kriegsbeginn kehrt Ebert nach Berlin zurück und übernimmt gemeinsam mit Haase die Parteiführung.
- 1916 11. Januar: Nach dem Rücktritt Haases wird Ebert neben Philipp Scheidemann Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion. Aufgrund seines Vorsitizes in Parteivorstand, Parteiausschuss und Reichstagsfraktion gewinnt er maßgeblichen Einfluss in der SPD.
- 1918 Januar: Bei Ausbruch der Berliner Januarstreiks tritt Ebert der Streikleitung bei und bemüht sich um eine schnelle Beilegung des Ausstands. Er wird von links als „Arbeiterverräter“ und von rechts als „Landesverräter“ beschimpft.

4. Oktober: Mit den verfassungsändernden Gesetzen ist ein Hauptziel der Sozialdemokraten, die Parlamentarisierung im Reich, erreicht. Ebert tritt für den Erhalt der Monarchie ein.

9. November: Prinz Max von Baden verkündet die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. und überträgt Ebert als Führer der stärksten Reichstagspartei das Amt des Reichskanzlers.

10. November: Bildung des Rats der Volksbeauftragten aus Führern der SPD und der USPD. Ebert und Haase (USPD) sind gleichberechtigte Vorsitzende. Ebert tritt für sofortige Wahlen zur Nationalversammlung ein.

1919 11. Februar: Die Nationalversammlung wählt Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten.

21. August: Vereidigung zum Reichspräsidenten.

1922 24. Oktober: Der Reichstag verlängert die Amtszeit Eberts mit verfassungsändernder Mehrheit bis zum 23. Juni 1925.

1924 23. Dezember: Im Prozess wegen seiner Beteiligung am Berliner Januarstreik von 1918 wird im juristischen Sinne festgestellt, dass Ebert Landesverrat begangen habe.

1925 28. Februar: Friedrich Ebert stirbt an einer verschleppten Blinddarmentzündung in Berlin und wird in Heidelberg beerdigt.

Philipp Scheidemann

1865 26. Juli: Philipp Scheidemann wird als Sohn eines Tapezierer- und Polsterermeisters in Kassel geboren.

1871–1879 Er besucht die Bürgerschule und die Höhere Bürgerschule in Kassel.

1879–1883 Schriftsetzerlehre in Kassel

1883 Scheidemann tritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und in die Gewerkschaft ein.

bis 1895 Er arbeitet als Schriftsetzergehilfe, Korrektor und Faktor.

1895–1905 Redakteur bei sozialdemokratischen Zeitungen in Gießen, Nürnberg, Offenbach und Kassel

1903–1933 Mitglied des Reichstags, bis 1918 für einen Wahlkreis in Düsseldorf, von 1920 bis 1933 für den Wahlkreis Hessen-Nassau

1906–1911 Stadtverordneter in Kassel

1911 Als Sekretär wird er in den Parteivorstand der SPD berufen.

1913–1918 Nach dem Tod August Bebel's übernimmt er mit Hugo Haase den Vorsitz der Fraktion.

1914–1918 Während des Ersten Weltkriegs wendet er sich gegen die Kriegszielpropaganda des Alldeutschen Verbands und tritt für einen Verständigungsfrieden ohne Kriegsentschädigungen und Annexionen ein.

- 1917 Scheidemann wird nach der Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) neben Friedrich Ebert in den Parteivorstand der SPD gewählt.
- 1918 Januar: Während des Januarstreiks gehört er dem sogenannten Aktionsausschuss an.
Oktober: In der ersten parlamentarischen Reichsregierung unter dem Reichskanzler Prinz Max von Baden ist Scheidemann Staatssekretär.
9. November: Nach der Verkündung der Abdankung Wilhelms II. legt Scheidemann zusammen mit anderen Regierungsmitgliedern der SPD sein Amt nieder. Er ruft vom Reichstag die „deutsche Republik“ aus.
- 1918/19 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten.
- 1919 13. Februar – 20. Juni: Scheidemann führt als Ministerpräsident des Reiches die erste demokratisch legitimierte Reichsregierung, gebildet aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP). Er tritt zurück, weil er die Friedensbedingungen des Versailler Vertrags nicht akzeptieren kann.
Juni – Dezember: Er ist erneut Mitglied des Parteivorstands.
- 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel
- 1922 4. Juni: Scheidemann wird Opfer eines Attentatversuchs mit Blausäure, wird aber nicht verletzt.
- 1926 Dezember: Scheidemann enthüllt im Reichstag die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee, was zum Rücktritt des Kabinetts Marx führt.
- 1933 März: Scheidemann emigriert über Prag, die Schweiz, Frankreich und die USA nach Dänemark.
- 1939 29. November: Philipp Scheidemann stirbt in Kopenhagen.

Karl Liebknecht

- 1871 13. August: Karl Liebknecht wird als Sohn des sozialdemokratischen Politikers Wilhelm Liebknecht und dessen Frau Nathalie in Leipzig geboren.
- 1890–1893 Er studiert Rechtswissenschaften und Nationalökonomie an den Universitäten Leipzig und Berlin.
- 1893/94 Durch Ableistung seines Militärdienstes als Einjährig-Freiwilliger tut er seiner aktiven Dienstpflicht Genüge.
- 1894–1898 Referendariat in Arnsberg und Paderborn
- 1897 Promotion in Würzburg
- ab 1899 Gemeinsam mit seinem Bruder Theodor Liebknecht eröffnet er eine Anwaltskanzlei in Berlin.
- 1900 August: Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
8. Mai: Liebknecht heiratet Julia Paradies.

- 1901 November: Liebknecht wird in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis 1913 angehört.
- 1907 – 1910 Präsident der sozialistischen Jugendinternationale
- 1907 Aufgrund seiner Programmschrift „Militarismus und Antimilitarismus“, verfasst für die sozialistische Jugendbewegung, wird er wegen Hochverrats zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt.
- 1908 Noch während seiner Haftzeit wird er Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.
- 1912 Liebknecht wird Mitglied des Reichstags. Er steht auf der äußersten Linken der SPD, propagiert den Einsatz des Generalstreiks als Kampfmittel und vertritt eine radikal antimilitaristische Position.
- 1914 2. Dezember: Liebknecht lehnt als erster und einziger Abgeordneter im Reichstag die Bewilligung weiterer Kriegskredite ab, nachdem er sich im August noch der Parteidisziplin unterworfen und der Bewilligung zugestimmt hatte.
- 1915 Februar: Liebknecht wird als Armierungssoldat zum Militärdienst eingezogen, womit ihm jede politische Betätigung, außer der im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus, untersagt ist. Trotzdem ist er an der Bildung der Gruppe „Internationale“ beteiligt, die später als Spartakusbund bekannt wird.
- 1916 Januar: Liebknecht und Rosa Luxemburg beginnen mit der Herausgabe der von ihnen verfassten „Spartakusbriefe“.
- Liebknecht wird wegen seiner radikalen Kritik an der Fraktionsmehrheit aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen.
1. Mai: Er organisiert eine Friedensdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin und wird dort festgenommen.
28. Juni: Unter Verlust seines Reichstagsmandats wird er wegen Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Berufungsinstanz wird die Strafe auf vier Jahre und einen Monat erhöht.
- Während seiner Haftzeit verfasst er mehrere Schriften, u. a. seine „Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung“.
- 1918 23. Oktober: Im Zuge einer allgemeinen Amnestie wird Liebknecht begnadigt und von seinen Anhängern begeistert empfangen.
- Zusammen mit Luxemburg übernimmt er die Führung des Spartakusbundes und gibt dessen Zentralorgan, die „Rote Fahne“, mit heraus. Er lehnt eine Zusammenarbeit mit der SPD und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) ab.
9. November: Vom Balkon des Berliner Schlosses ruft er die „freie sozialistische Republik“ aus. Philipp Scheidemann hatte zwei Stunden zuvor die „deutsche Republik“ von einem Balkon des Reichstags aus proklamiert.
- 1918/19 30. Dezember – 1. Januar: Beteiligung an der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

1919 15./16. Januar: Nach dem „Januaraufstand“ der Spartakisten in Berlin wird Karl Liebknecht zusammen mit Rosa Luxemburg von Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-division verschleppt. Sie werden im Eden-Hotel verhört und misshandelt. Anschließend wird Liebknecht im Tiergarten erschossen.

(Quelle: LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online, <http://www.dhm.de/lemo/>)

Lösung zu S. 33

1. In Deutschland herrschten Hunger und Not. Die Regierung der neuen Demokratie hatte hohen Reparationszahlungen zugestimmt, die Deutschland nun nicht mehr erbringen konnte. Frankreich und Belgien besetzten daraufhin das Ruhrgebiet, was enorme wirtschaftliche Einbußen bedeutete. Rechts- und linksradikale Kräfte machten sich die Unruhe und Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der neuen Regierung zunutze, um Umsturzversuche anzuzetteln.

Lösung zu S. 34

1. Die Reparationszahlungen stellten eine ungeheure Belastung für Deutschland dar. Die Aussage „Erst Brot, dann Reparationen!“ will klar machen, dass die Zahlungen erst dann geleistet werden können, wenn zumindest eine Grundversorgung der deutschen Bevölkerung gewährleistet ist.
2. Da Deutschland die enormen Reparationsleistungen nicht erfüllen konnte und die Steuereinnahmen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage zurückgingen, ließ die Regierung mehr Geld drucken, als durch Goldeinlagen gedeckt war. Die Geldmenge nahm damit zu, aber der Wert des Geldes sank. Es kam zur Inflation, was bedeutete, dass auch die Bevölkerung immer mehr zahlen musste, um das Notwendigste für das tägliche Leben zu bekommen.
3. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets verlor Deutschland seine Rohstoffvorkommen und seine Kohle- und Stahlindustrie. Dies bedeutete weitere enorme wirtschaftliche Einbußen.
4. Der Streik konnte nicht mehr aufrechterhalten werden, weil die Bevölkerung abhängig von den gezahlten Löhnen war. Während des Streiks erhielten die Arbeiter Zahlungen durch Regierung, doch auch dieses Geld stammte nur aus der Druckerpresse, sprich es gab keine Deckung für das Papiergeld und die Inflation wurde dadurch weiter beschleunigt.

Lösung zu S. 35

1. Deutschland musste Gebiete abtreten.
An Frankreich: Elsass-Lothringen
An Polen: fast ganz Westpreußen (ohne Danzig und Marienwerder), die Provinz Posen, Teile des Kreises Neidburg, das Reichenthaler Ländchen, Teile Oberschlesiens
An die Tschechoslowakei: das Hutschiner Ländchen
An Dänemark: Nordschleswig (nach Abstimmung)

An Belgien: Eupen-Malmedy und Neutral-Moresnet
Deutschland verlor seine gesamten Kolonien.
Deutschland wurde zur weitgehenden Entwaffnung verpflichtet.
Deutschland sollte Reparationen in mehrfacher Milliardenhöhe zahlen.
Deutschland musste die alleinige Kriegsschuld anerkennen.

2. Deutschland wurde von den Forderungen überrascht. Man hatte einen eher milden Friedensvertrag und eine Wiederherstellung der Bedingungen vor dem Krieg erwartet. Die Bedingungen wurden als zu hart und nicht erfüllbar angesehen, insbesondere die Reparationszahlungen einhergehend mit den Gebietsverlusten, denn mit den Gebieten verlor Deutschland auch seine wichtigsten Rohstoffvorkommen und Industriestandorte.
3. Einerseits waren die Forderungen des Vertrags nicht zu erfüllen, aber andererseits blieb Deutschland als Staat bestehen, konnte folglich eine neue Regierung bilden und sich selbst wieder organisieren. Somit war eigentlich schon zu erahnen, dass Deutschland, sobald es wieder dazu in der Lage wäre, sich gegen die Forderungen auflehnt und sich – gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln – das zurückholt, was es seiner Ansicht nach zu Unrecht verloren hat.

Lösung zu S. 36

1. Bei einer Inflation steigt die Geldmenge im Verhältnis zu den Gütern wesentlich stärker an. Das Geld verliert seine Kaufkraft; man muss für die gleichen Güter stetig mehr bezahlen.
2. Verlierer der Inflation war die arbeitende Bevölkerung. Der verdiente Lohn war schon am nächsten Tag nichts mehr wert. Ebenso negativ sah es für alle aus, die Geld gespart hatten. Gewinner der Inflation waren Spekulanten, die die Not der Bevölkerung nutzten und benötigte Güter des täglichen Gebrauchs z. B. gegen Wertgegenstände eintauschten, die unter normalen Umständen einen wesentlich höheren Wert hatten. Ebenso standen Besitzer von Häusern, Grundstücken oder anderen Sachwerten auf der Gewinnerseite, da hier der Wert erhalten wurde.
3. Mit der Inflation kam es zu einem fortlaufenden Anstieg der Preise, da das Geld nichts mehr wert war. Die Notenbanken druckten fortwährend neues Geld, doch dessen Wert nahm immer weiter ab. Je weiter die Inflation voranschritt, um so schneller ging auch der Wertverfall voran, so dass der Lohn eines Tages schon am nächsten Tag fast nichts mehr wert war.

Lösung zu S. 37

1. Die Putschisten warfen der Regierung vor, in zweifacher Hinsicht die Arbeiterbevölkerung auszunutzen. Einerseits sollten die hohen Reparationszahlungen von der Bevölkerung aufgebracht werden, andererseits erklang der Vorwurf, dass die Regierenden es sich aber dennoch an nichts fehlen ließen und ihren Reichtum genießen würden, wo die restliche Bevölkerung hart arbeiten musste.
2. Die Arbeiterschaft wird zu einem Umsturz aufgerufen. Die bestehende Regierung soll abgesetzt werden und es soll Raum geschaffen werden für den Kommunismus, der das Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich ausmerzen sollte.

3. Adolf Hitler und die NSDAP wollten die Reichsregierung stürzen. Um dieses Ziel zu erreichen sollte zuerst die Macht in Bayern übernommen werden und von dort aus weiter gegen die Regierung in Berlin vorgegangen werden. Der Putschversuch wurde allerdings schnell vereitelt, die NSDAP daraufhin reichsweit verboten und Hitler zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.
4. Die Zahlen der Morde und der Verurteilten zeigen im Vergleich, dass die Justiz eindeutig rechts orientiert war. Morde mit rechtem Hintergrund wurden weniger scharf verfolgt. Ein Blick auf die Durchschnittsstrafen zeigt außerdem, dass auch hier das Strafmaß bei Morden mit rechtem Hintergrund wesentlich geringer ausfiel.

Lösung zu S. 39

Im Folgenden finden Sie einige Internetadressen, die zur Recherche zu den verschiedenen Personen geeignet sind.

Albert Einstein:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Albert Einstein im World Wide Web:
www.einstein-website.de

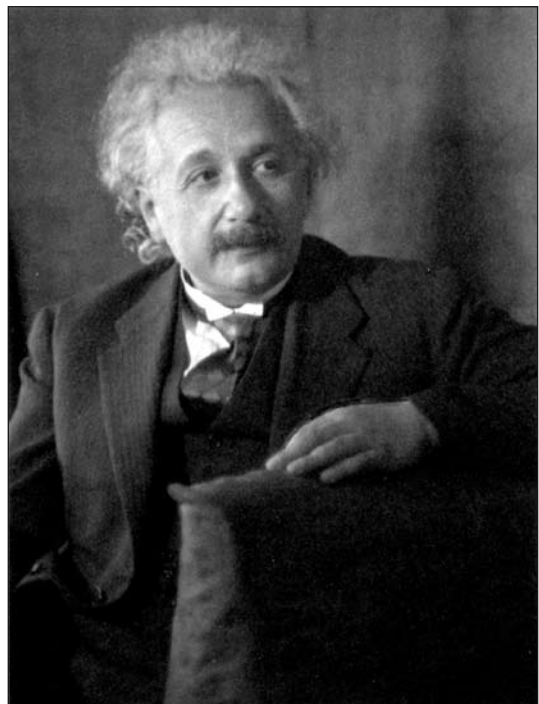
Galerie Albert Einstein:
www.einsteingalerie.de

Einstein Archives Online (engl.):
www.alberteinstein.info

Nobelprize.org – The Official Web Site Of The Nobel Prize:
www.nobelprize.org/nobel_prizes/physics/laureates/1921/einstein-bio.html/

Albert Einstein: Leben und Werk – Wissenschaftsgeschichtliche Hausarbeit:
<http://www.tu-harburg.de/rzt/rzt/it/einstein/einstein.html>

Weltchronik.de:
<http://www.weltchronik.de/ws/bio/e/einsteinA/ea01955a-EinsteinAlbert-18790314b-19550418d.htm>



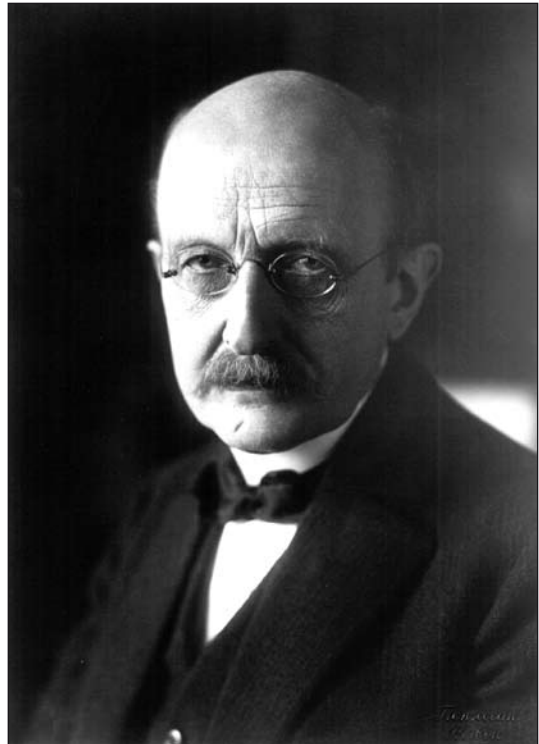
Max Planck:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Nobelprize.org – The Official Web Site Of The Nobel Prize:
http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/physics/laureates/1918/planck-bio.html

Encyclopedia Stochastikon (engl.):
<http://encyclopedia.stochastikon.com/>

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Zum 60. Todestag und 150. Geburtstag von Max Planck:
<http://www.uni-kiel.de/ueberblick/planck/>



Werner Forssmann:

Humboldt-Universität Berlin:
<http://www.hu-berlin.de/ueberblick/geschichte/nobel-preise/forssmann/>
<http://www.sammlungen.hu-berlin.de/dokumente/9205/>
https://www2.hu-berlin.de/presse/zeitung/archiv/03_04/num_9/Seite11.pdf

Ärztezeitung:
<http://www.aerztezeitung.de/panorama/default.aspx?sid=315957>

Nobelprize.org – The Official Web Site Of The Nobel Prize:
http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/medicine/laureates/1956/forssmann.html



Quelle: Wikimedia Commons

Paul Hindemith:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Paul Hindemith Website:
<http://www.paul-hindemith.org/index.php>

Paul-Hindemith-Gesellschaft:
<http://www.hindemithberlin.de/>

Klassika – Die deutschsprachigen Klassikseiten:
<http://www.klassika.info/Komponisten/Hindemith/index.html>



Quelle: Wikimedia Commons

Wilhelm Furtwängler:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Wilhelm-Furtwängler-Gesellschaft:
www.furtwaengler-gesellschaft.de

KölnKlavier:
<http://www.koelnklavier.de/texte/interpretieren/furtwaengler.html>

Klassika – Die deutschsprachigen Klassikseiten:
<http://www.klassika.info/Komponisten/Furtwaengler/index.html>

Société Wilhelm Furtwängler (engl./franz.):
<http://www.furtwangler.org/>

Bach Cantatas Website (engl.):
<http://www.bach-cantatas.com/Bio/Furtwangler-Wilhelm.htm>



Bruno Walter:

Klassika – Die deutschsprachigen Klassikseiten:
<http://www.klassika.info/Komponisten/Walter/index.html>

Zeit Online:
<http://www.zeit.de/2012/08/Bruno-Walter>

Fono Forum:
<http://www.fonoforum.de/index.php?id=8931>

Website Martin Schlu:
<http://www.martinschlu.de/kulturgeschichte/neunzehntes/spaetromantik/mahler/brunowalter.htm>

Bach Cantatas Website (engl.):
<http://www.bach-cantatas.com/Bio/Walter-Bruno.htm>



Berthold Brecht:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Daten der deutschen Literatur:
<http://www.lehrer.uni-karlsruhe.de/~za874/homepage/Brecht.htm>

Bertold-Brecht-Berufskolleg:
<http://www.bbbk.de/startseite/bertolt-brecht/79-bertolt-brecht>

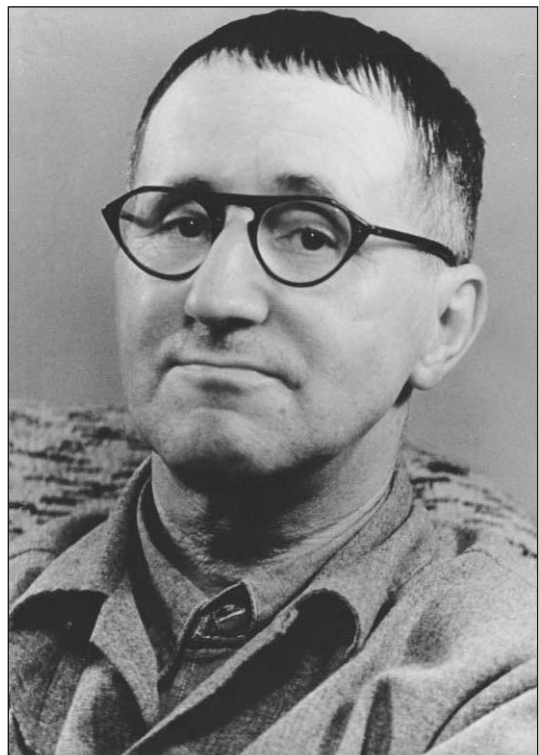
ZUM.de:
<http://www.zum.de/Faecher/D/BW/gym/Brecht/biograf2.htm>

Inhaltsangabe.de:
<http://www.inhaltsangabe.de/autor/brecht/>

Website Dieter Wunderlich:
http://www.dieterwunderlich.de/Bertolt_Brecht.htm

Rhetoriksturm.de:
<http://www.rhetoriksturm.de/bertold-brecht.php>

Website Martin Schlu:
<http://www.martinschlu.de/kulturgeschichte/zwanzigstes/brecht/brecht01.htm>



Quelle: Wikimedia Commons; Bundesarchiv, Bild 183-W0409-300 / Kolbe, Jörg / CC-BY-SA

Käthe Dorsch:

Deutsche Biographie:

<http://www.deutsche-biographie.de/sfz48973.html>

IMDb:

<http://www.imdb.de/name/nm0234118/>

Website Stephanie D'heil:

http://www.steffi-line.de/archiv_text/nost_buehne/03d_dorsch.htm



Quelle: Wikimedia Commons; Deutsche Fotothek

Thomas Mann:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:

www.dhm.de/lemo/

Thomas Mann Website:

www.thomasmann.de

Daten der deutschen Literatur:

<http://www.lehrer.uni-karlsruhe.de/~za874/homepage/mannth.htm>

Thomas-Mann-Förderkreis München e.V.:

www.tmfm.de

Thomas-Mann-Archiv:

<http://www.tma.ethz.ch/>

Buddenbrookhaus:

<http://buddenbrookhaus.de/>

Thomas-Mann-Gesellschaft Zürich:

<http://thomas-mann.ch.mignon.ch-meta.net/>

Literaturlexikon online:

<http://literaturlexikon.uni-saarland.de>

Nobelprize.org – The Official Web Site Of The Nobel Prize:

http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/literature/laureates/1929/mann.html



Quelle: Wikimedia Commons; H.-P. Haack

Kurt Tucholsky:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Kurt-Tucholsky-Gesellschaft:
www.tucholsky-gesellschaft.de

Kurt-Tucholsky.info:
www.kurt-tucholsky.info

Textlog.de:
<http://www.textlog.de/kurt-tucholsky.html>

Tucholsky Website:
<http://www.tucholsky.org/>

Projekt Gutenberg:
<http://gutenberg.spiegel.de/autor/598>



Käthe Kollwitz:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Käthe Kollwitz Museum Köln:
www.kollwitz.de

Käthe Kollwitz Museum Berlin:
www.kaethe-kollwitz.de

Käthe Kollwitz Haus Moritzburg:
www.kollwitz-moritzburg.de

fembio.org – Frauen.Biographieforschung:
<http://www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/kaethe-kollwitz/>

Weltchronik.de:
<http://www.weltchronik.de/ws/bio/k/kollwitz/kk01945a-KollwitzKaethe-18670708b-19450422d.htm>

art Directory:
www.kollwitz-kaethe.de

Galerie Ludorff:
http://www.ludorff.com/de/artist/kaethe_kollwitz/works



Emil Nolde:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Brücke Museum Berlin:
<http://www.bruecke-museum.de/nolde.htm>

Galerie der Künstler:
www.gdk-galerie.de/emil_nolde/

art Directory:
www.nolde-emil.de

Galerie Ludorff:
http://www.ludorff.com/de/artist/emil_nolde/works



Max Beckmann:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

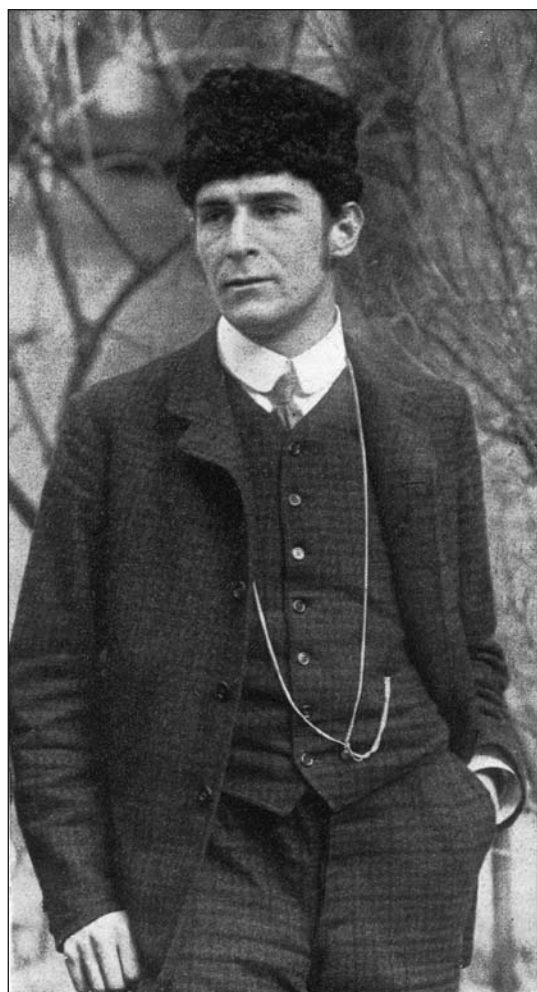
Max Beckmann Archiv:
www.max-beckmann-archive.org

Galerie Ludorff:
http://www.ludorff.com/de/artist/max_beckmann/works

art Directory:
www.beckmann-max.de

Museum Frieder Burda:
<http://www.burda-museum.de/beckmann.htm>

The Digital Max Beckmann Project:
www.maxbeckmann.org



Franz Marc:

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

art Directory:
www.franz--marc.de

Franz Marc Museum:
www.franz-marc-museum.de

Website Philipp Hauer:
<http://www.philippbauer.de/galerie/franz-marc-werke/>

Franz-Marc-Gymnasium München:
<http://www.franz-marc-gymnasium.de/marc/marc.htm>

Zeno.org – Meine Bibliothek:
<http://www.zeno.org/Kunst/M/Marc,+Franz/Franz+Marc++Eine+Biografie>

Franz Marc Website:
www.franz-marc.com

Lösung zu S. 40

Der Vertrag von Locarno

1. Die Streitigkeiten, die es u. a. noch wegen des Vertrags von Versailles gab, wurden diesmal nicht durch kriegerische Auseinandersetzungen beigelegt, sondern ein Vertrag, der Vertrag von Locarno, sollte eine friedliche Lösung herbeiführen.
2. Sowohl Briand wie auch Stresemann wollten, dass es zu neuer Verständigung zwischen den Völkern käme. Es sollte kein Verhältnis mehr sein von Sieger und Besiegtem, sondern von gleichberechtigten Nationen. Darauf arbeiteten beide Seiten mit diplomatischem Geschick und Feingefühl hin.
3. Mit der Mitgliedschaft im Völkerbund wird Deutschland von den anderen Mitgliedsstaaten wieder als eigenständige und gleichberechtigte Nation anerkannt.

Wirtschaftlicher Aufschwung

1. Neuerungen: Rentenmark, Fließbandarbeit, Rationalisierung, Entdeckungen und Erfindungen
Maßnahmen: feste Preise, ausländische Investitionen, Kredite der USA, Modernisierung der Industrieanlagen
2. Bei der Fließbandarbeit wird der Produktionsprozess in einzelne Arbeitsschritte zerlegt. Die Betriebsmittel (Maschinen, Materialien) werden in der Reihenfolge der Arbeitsschritte angeordnet. Das Produkt, das erstellt wird (zumeist Massenproduktion), durchläuft nach und nach die einzel-

nen Stationen und wird dabei mithilfe automatischer Fördersysteme (Fließband) von einer Station zur nächsten geleitet. Arbeiter am Fließband sind meist stark spezialisiert auf ihre Station bzw. die Arbeitsschritte, die sie erfüllen müssen. Durch die Spezialisierung der Arbeiter, den automatischen Transport und den damit einhergehenden Takt, der bei der Arbeit eingehalten werden muss, erweist sich Fließbandarbeit als raum- und zeitsparend und somit höchst effektiv für die Produktion von Massengütern.

Rationalisierung hat zum Ziel, die Wirtschaftlichkeit in einem Unternehmen zu erhöhen. Dies wird durch Maßnahmen erreicht, die bei gleichem Input (Material, Geld, Arbeitsleistung, ...) höheren Output (Gewinn, Erzeugnisse, ...) erzeugen oder die gleichen Output bei verringertem Input hervorbringen. Die Maßnahmen lassen sich aufgliedern in eine Optimierung von Betriebsabläufen (z. B. werden durch bessere Anordnung von Arbeitsstationen Transportwege eingespart) und in Einsparungen bzw. Veränderungen hinsichtlich menschlicher Arbeitskraft (z. B. Ersetzen von Menschen durch Maschinen).

Lösung zu S. 41

Soziale Verbesserungen

1. Reichsmieterschutzgesetz: Das Gesetz wirkte ungerechtfertigten Mieterhöhungen und Kündigungen entgegen. Somit waren die Mieter nicht mehr der Willkür der Vermieter ausgesetzt und sahen sich nicht plötzlich in der Gefahr, obdachlos zu werden.

Acht-Stunden-Tag: Den Arbeitern wurde Freizeit zugesprochen; sie konnten nicht mehr über die Maße von den Arbeitgebern ausgebeutet und zu einer höheren Arbeitsstundenzahl verpflichtet werden.

Arbeitsvermittlung / Arbeitslosenversicherung: Mit dem neuen Gesetz wurde die Reichsanstalt zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen, der Vorläufer der heutigen Bundesagentur für Arbeit. Durch die Arbeitslosenversicherung wurde eine Grundversorgung der Menschen sichergestellt, die arbeitswillig waren und unfreiwillig arbeitslos waren. Die Reichsanstalt mit ihren Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern hatte u. a. die Aufgabe für freie Arbeitsstellen möglichst geeignete Arbeiter zu finden, Lehrstellen zu vermitteln und Berufsberatung zu betreiben. Somit wurde Arbeitslosen die Suche nach einer passenden Arbeitsstelle erleichtert.

Handelsschule: Die Bildungsmöglichkeiten wurden verbessert, indem neue Wege eröffnet wurden, zu höheren Abschlüssen zu kommen.

2. In der Zeit des Kaiserreichs war das Schulwesen, angepasst an die drei Stände, in ein niedriges, mittleres und höheres Schulwesen gegliedert. Die Schulen standen prinzipiell allen Bevölkerungsschichten offen, allerdings konnten sich große Teile der Bevölkerung eine mittlere oder höhere Schulbildung nicht leisten.

In der Zeit der Weimarer Republik standen die Schulen allen Schülern mit entsprechender Eignung offen, unabhängig vom Verdienst oder der Religionszugehörigkeit der Eltern.

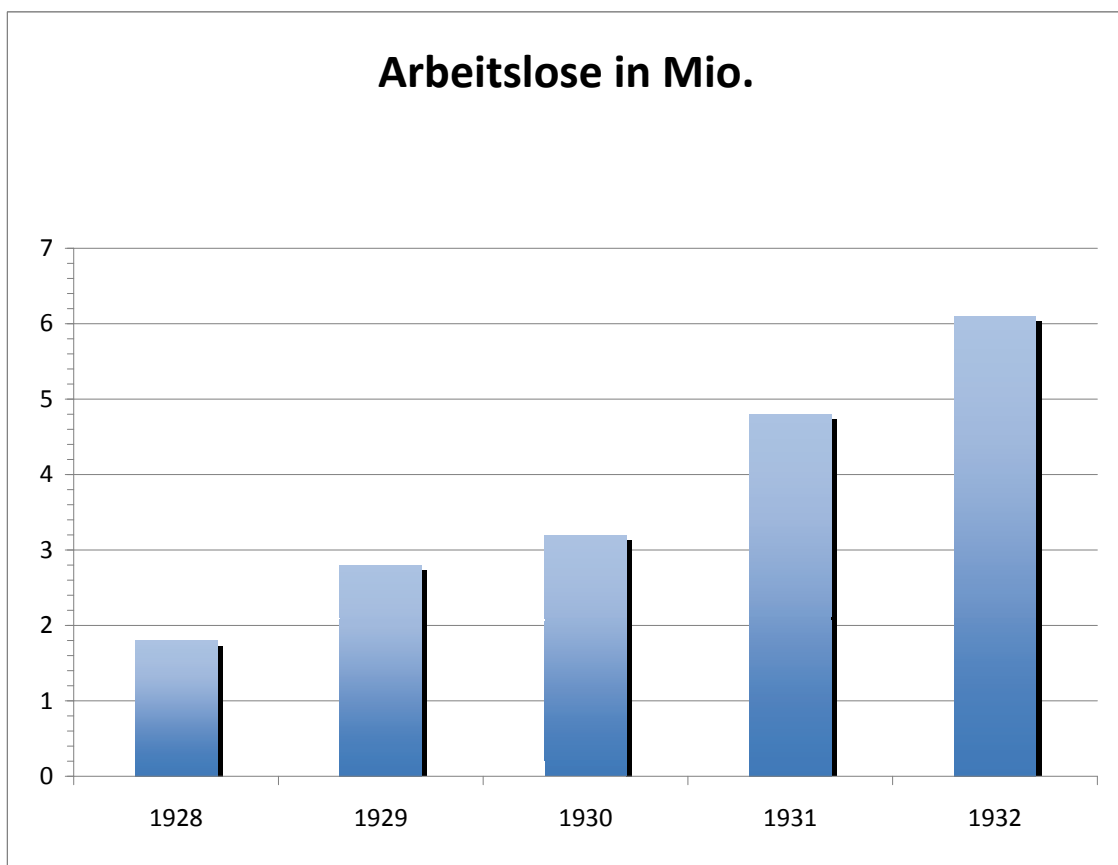
Dies gilt auch heute noch für unser Schulwesen. Ausnahmen bilden Privatschulen, bei denen aufgrund der Schulgebühren wieder die wirtschaftliche Stellung der Eltern zum Tragen kommt.

Kulturelles Leben

1. Die Bevölkerung konnte sich in ihrer Freizeit mit Kunst oder Wissenschaft beschäftigen. Dazu wurden Volkshochschulen und Theater gegründet, Kinos, Varietés und Kabarett entstanden.
2. Die Menschen hatten den Krieg und die damit einhergehenden Folgen (z. B. Zeit der Inflation) noch gut in Erinnerung. Sie kannten die Entbehrungen und wollten nun alles auskosten, was möglich war.
3. Die ländliche Bevölkerung blieb zu großen Teilen vom Zugang zu Kunst und Wissenschaft ausgeschlossen, da sich die kulturellen Zentren in größeren Städten entwickelten, die für die Landbevölkerung kaum oder nur schwer zu erreichen waren.

Lösung zu S. 42

1. Die Weltwirtschaftskrise hatte ihren Ausgangspunkt in den USA.
2. Europa wurde in die Krise hineingezogen, da amerikanische Banken und Unternehmen in Europa investiert und Kredite vergeben hatten und nun ihr Geld zurückforderten.
3. Unternehmen machten bankrott; als Folge davon gab es hohe Arbeitslosigkeit, wodurch die Bevölkerung in Not geriet.
- 4.



Lösung zu S. 43

1. Handwerker: Handwerker und kleinere Kaufleute fürchteten die jüdische Konkurrenz im Land.
 Ungelernte Arbeiter: Die NSDAP versprach Arbeitsplätze und wirtschaftliche Sicherheit gerade für die Arbeiter.
 Landwirte: Die NSDAP verhalf dem Bauernstand zu mehr Ansehen.

2.

Weltanschauung der NSDAP	demokratische Grundsätze
Volksgemeinschaft	GG Art. 3 (1): Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. GG Art. 3 (3): Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. GG Art. 4 (1): Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
Führerglaube	GG Art. 20 (2): Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
Rassenlehre	GG Art. 3 (1): Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. GG Art. 3 (3): Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

3. Unter Propaganda werden Maßnahmen zusammengefasst, die versuchen, politische Einstellungen und Sichtweisen zu formen oder zu ändern, Erkenntnisse zu manipulieren und Verhalten zu steuern. Man versteht darunter, vor allem in Hinsicht auf Politik, werbende Maßnahmen, die beeinflussen und manipulieren.
4. Die NSDAP arbeitete vor allem anfangs mit prägnanten Schlagworten und Losungen, die über Plakate und Flugblätter verteilt wurden. Später kamen große Aufmärsche, Reden vor dem Volk und Paraden hinzu. Diese wurden aufwendig inszeniert und mit Musik und Choreografien gestaltet.

Lösung zu S. 44

Das handlungsunfähige Parlament

1. Jede der vielen kleinen Parteien verfolgte eigene Ziele. So war es schwer bei Entscheidungen zu Kompromissen zu kommen, weil sich für die unterschiedlichen Lösungsvorschläge keine Mehrheiten finden ließen.
2. Heute gibt es bei Wahlen sogenannte Sperrklauseln. Dazu gehört die Fünf-Prozent-Hürde. Eine Partei bekommt erst dann Sitze in der Regierung, wenn sie mindestens fünf Prozent der Wähler-

stimmen erhalten hat. Dies verhindert in doppelter Weise eine Parteienzersplitterung. Einerseits bekommen zu kleine Parteien keine Mandate, andererseits werden die Wähler von Anfang an dahin gelenkt, Parteien zu wählen, die eine Chance haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu erreichen. Ausnahmen von dieser Sperrung können sich durch die Grundmandatsklausel ergeben. Diese besagt, dass eine Partei auch bei Nicht-Erreichen der Fünf-Prozent-Hürde Sitze in der Regierung erhält, wenn sie in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat erhalten hat.

Die Notverordnungen

1. Die Regierung Brüning war vom Reichspräsidenten abhängig. Sie hatte keine Mehrheit im Reichstag, weshalb Stimmen für eine mehrheitliche Entscheidung bei der Gesetzesbildung fehlten. Die Gesetze konnten als Notverordnungen in Kraft treten, wenn der Reichspräsident ihnen zustimmte.
2. Die Gesetze wurden durch Zustimmung und Unterschrift des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt.
3. Die Stellung des Reichspräsidenten nahm an Bedeutung zu, er hatte mehr Macht und Einfluss. Nur durch seine Zustimmung konnten Gesetze in Kraft treten.

Die Feinde der Demokratie

1. Die NSDAP und die KPD erzielten große Stimmgewinne.
2. Durch die Wahl der beiden Parteien versprachen sich die Menschen Arbeitsplätze und sichere Versorgung.
3. Beide Parteien wollten keine demokratische Regierung.
4. Da der Reichskanzler vom Reichspräsidenten eingesetzt war, konnte er auch ohne die Zustimmung des Parlaments regieren. Hiermit war der erste Schritt zur Machtergreifung Hitlers getan hin zur Auflösung der Demokratie und zum Übergang zur Diktatur.

Lösung zu S. 45

Hilfreiche Websites für die Recherche

LeMO – Lebendiges virtuelles Museum Online:
www.dhm.de/lemo/

Wider das Vergessen – Ein Projekt der 7i (Schuljahr 2006/07) des BRG Dornbirn Schoren:
<http://projects.brg-schoren.ac.at/nationalsozialismus/index.html>

Wikipedia:
http://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Hitler

The History Place (engl.):
<http://www.historyplace.com/worldwar2/riseofhitler/index.htm>

Jewish Virtual Library (engl.):
<http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Holocaust/hitler.html>

Spartacus Educational (engl.):

<http://www.spartacus.schoolnet.co.uk/GERhitler.htm>

Website von Nikolas Dikigoros:

<http://dikigoros.150m.com/hitler.htm>

Lösung zu S. 46

2. Als „böhmischen Gefreiten“ bezeichnete von Hindenburg Hitler zum einen irrtümlicherweise. Er verwechselte das österreichische Braunau, den Geburtsort Hitlers, mit dem in Böhmen liegenden Braunau. Zum anderen wollte er durch diese Bezeichnung zum Ausdruck bringen, dass er nichts von Hitler hielt und nicht den Eindruck hatte, dass er für die Politik geeignet sei.
3. Auch nachdem von Papen seine Position als Reichskanzler verloren hatte, hatte er weiterhin viel Einfluss auf den Reichspräsidenten von Hindenburg. Von Papen überredete von Hindenburg Hitler als Reichskanzler einzusetzen. Er wollte über Hitler wieder an die Macht gelangen, indem er diesen als Vizekanzler „zähmt“ und eventuell mithilfe anderer Minister steuerte. Dies misslang allerdings, da Hitler seinen Weg an die absolute Macht schnell vorantrieb und von Papen sich dabei selbst ausmanövrierte, als er Hitler dabei unterstützte von Hindenburgs Machtposition zu schwächen.
4. Hitler brachte damit zum Ausdruck, dass er nun die Macht im Staat übernommen hatte und ihn niemand – auch nicht Reichspräsident oder Regierung – ihn daran hindern könnten, diese Position auf Lebenszeiten zu behalten.

Lösung zu S. 47

Quelle 1:

1. Das Recht auf Freiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Pressefreiheit, das Versammlungsrecht, das Recht auf Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, das Recht auf Eigentum.
2. Es gab seit 1945 keinen ähnlichen Vorfall mehr in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Anders sah es in der DDR aus, wo Grundrechte zwar in der Verfassung verankert waren, durch diese aber zugleich wieder stark eingeschränkt wurden.

Im Grundrechte-Report (www.grundrechte-report.de) wird jährlich festgehalten, wie es um die Grund- und Menschenrechte in Deutschland bestellt ist.

Quelle 2:

1. Hitler sieht seine Gegner vor allem in den Kommunisten und allen, die den Kommunismus unterstützen, aber auch in den Sozialdemokraten.
2. Hitler bringt seinen Hass gegenüber den politischen Gegnern deutlich zum Ausdruck. Er misst sich mit ihnen nicht mehr auf dem politischen Parkett, sondern will mit Gewalt gegen sie vorgehen.

Lösung zu S. 48

1. Heute ist ein Vorgehen wie 1933 nicht mehr möglich. Die Grundrechte können nicht durch eine einzige Person aufgehoben werden. Die Art. 1 und 20 des Grundgesetzes sind durch das Grundgesetz selbst geschützt und können nicht geändert oder aufgehoben werden.
- 2.

	Weimarer Verfassung	Grundgesetz der BRD
Staatsoberhaupt	<p>Reichspräsident:</p> <ul style="list-style-type: none"> • vom Volk direkt auf 7 Jahre gewählt • beliebig häufige Wiederwahl • ernennt und entlässt den Reichskanzler • Recht zur Anordnung des Ausnahmezustands • Erlass von Notverordnungen, die auch Grundrechte außer Kraft setzen können • Oberbefehl über die Streitkräfte 	<p>Bundespräsident:</p> <ul style="list-style-type: none"> • von der Bundesversammlung auf 5 Jahre gewählt • einmalige Wiederwahl möglich • schlägt dem Bundestag einen Kanzlerkandidaten vor • ernennt und entlässt den Bundeskanzler (Wahl aber durch den Bundestag!) • ernennt und entlässt Minister auf Vorschlag des Bundeskanzlers • in genau festgelegten Ausnahmefällen: Auflösung des Bundestags • repräsentative Aufgaben
Regierung	<p>Reichskanzler:</p> <ul style="list-style-type: none"> • wird vom Reichspräsidenten ernannt <p>Reichstag:</p> <ul style="list-style-type: none"> • reine Verhältniswahl • Wahlsystem von der Verfassung vorgeschrieben • freies Mandat • Immunität der Abgeordneten nur während der Sitzungsperiode • Reichsminister werden (auf Vorschlag des Reichskanzlers) durch den Reichspräsidenten ernannt • Abwahl des Reichskanzlers durch einfaches Misstrauensvotum (aber keine Neuwahl) 	<p>Bundeskanzler:</p> <ul style="list-style-type: none"> • vom Bundestag gewählt <p>Bundestag:</p> <ul style="list-style-type: none"> • personalisiertes Verhältniswahlrecht • Fünf-Prozent-Sperrklausel • Wahlsystem veränderbar • freies Mandat • Immunität der Abgeordneten • Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzler vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen • Abwahl des Bundeskanzlers durch konstruktives Misstrauensvotum (Abwahl durch Neuwahl)
Parteien	<ul style="list-style-type: none"> • in der Verfassung nicht positiv erwähnt • kein Parteienverbot möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Parteien als Verfassungsinstitutionen ausdrücklich erwähnt • Vorgaben: demokratische innere Ordnung, Rechenschaft über Finanzen • Möglichkeit des Verbots verfassungswidriger Parteien

Volksentscheide	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzgebung per Volksentscheid möglich • Absetzung des Reichspräsidenten durch Volksentscheid auf Antrag des Reichstages möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • auf Bundesebene nur bei Neugliederung eines Bundeslandes möglich • sonst nur auf Länderebene möglich
Schutz der Verfassung	<ul style="list-style-type: none"> • Verfassung leicht änderbar (Anwesenheit von 2/3 der Mitglieder des Reichstages und Zustimmung von 2/3 der Anwesenden) • wertneutrale Verfassung 	<ul style="list-style-type: none"> • Verfassung nur schwer änderbar (Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Bundestags und 2/3 der Mitglieder des Bundesrates; keine Einschränkung der Grundrechte und Strukturprinzipien möglich) • wertgebundene Verfassung

Lösung zu S. 49

Siehe Buch S. 48

Lösung zu S. 50

1. Antisemitismus ist keine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern geht fast bis zu den Anfängen des Christentums zurück. Die als „Nachkommen der Mörder Christi“ verschrienen Juden hatten kein eigenes Land und waren somit überall Fremde, denen man misstrauisch gegenübertrat. Im Mittelalter wurden sie hinsichtlich der Berufsausübung stark eingeschränkt, durften kein Handwerk ausüben, zum Teil auch nicht als Kaufleute tätig sein. Daher waren viele Juden als Geldverleiher tätig, was ihrem Ansehen weiter schadete und sie in den Augen der Bevölkerung zu Sündenböcken für die Armut und Not des Volkes machte. In der Zeit der Aufklärung begann die Jüdische Emanzipation, die dazu führte, dass den Juden mehr Rechte, zum Teil die gleichen Rechte zugesprochen wurden, wie der übrigen Bevölkerung. Diese Entwicklung war nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Ländern zu beobachten und hatte überall auch ihre Gegner. Diese negative, misstrauische Einstellung gegenüber den Juden tradierte sich bis in die Zeit des Nationalsozialismus, wo die deutsche Bevölkerung nach Sündenböcken für die wirtschaftliche Krise suchte und diese in den Juden fand.
3. Der Holocaust wird deshalb als größtes Verbrechen der Menschheitsgeschichte angesehen, weil ein ganzes Volk ausgelöscht werden sollte, allein wegen seiner Abstammung und seines Glaubens.
4. Die planmäßige Ermordung der Juden wurde deshalb als „Endlösung“ bezeichnet, weil der Begriff die wirklichen Taten beschönigte. Lösung wird zuerst einmal als etwas Positives verstanden. Der Begriff selbst entstammt der Diskussion um die „Judenfrage“, die sich mit der Jüdischen Emanzipation und den daraus entstehenden Problemen beschäftigte. Hier sprachen mehrere Vertreter des Antisemitismus in ihren Reden und Schriften von einer „endgültigen Lösung“ oder „letzten Lösung“ der Judenfrage.

Lösung zu S. 51

2. Der Ausspruch stammt aus der „Todesfuge“ des deutschsprachigen Lyrikers Paul Celan. Das Gedichte, das 1944/45 verfasst wurde, beschäftigt sich mit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. (Text und weiteres Material unter www.celan-projekt.de)

Lösung zu S. 52

2. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wusste um die planmäßige Ermordung der Juden. Allerdings verneinten das die meisten nach Ende des Krieges. Zum einen wollte man die Augen vor den schrecklichen Tatsachen verschließen, zum anderen wurden Ausgrenzung aus der Gesellschaft und Strafen wegen Mittäterschaft befürchtet.

Lösung zu S. 53

1. Mit den „Ketten von Versailles“ ist der Vertrag von Versailles gemeint mit seinen umfangreichen Auflagen für Deutschland.
2. Hitler wollte einerseits der Gefahr eines Angriffs durch Polen entgehen, das mit Frankreich und der Tschechoslowakei verbündet war. Polen befürchtete eine Teilung seines Landes, da Deutschland sich nicht mit den Gebietsabtretungen aus dem Versailler Vertrag einverstanden erklärte und davor stand den Vierpakt mit Großbritannien, Frankreich und Italien zu unterzeichnen. Außerdem wollte Hitler die Alliierten beschwichtigen und Willen zum Frieden zeigen, nachdem Deutschland 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten war. Die Aufhebung der daraus entstandenen Isolierung Deutschlands war ein weiterer Grund für den Pakt mit Polen.
3. Frankreich reagierte nicht mit militärischem Eingreifen, da es keine Unterstützung von England hatte und auch Italien ausgedrückt hatte, sich nicht an internationalen Aktionen zu beteiligen.
4. Hitler stellte die gesamte Wirtschaft auf Kriegsbedürfnisse um. Er führte den Reichsarbeitsdienst ein, ließ im großen Stil Autobahnen bauen und die Rüstungsindustrie ausbauen. Dafür wurden in großem Umfang Arbeitskräfte benötigt.

Lösung zu S. 55

Widerstand von Privatpersonen:

1. Georg Elsner, Carl von Ossietzky
2. Georg Elsner unternahm ein Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller. Carl von Ossietzky verfasste kritische Artikel gegen die Reichswehr.
3. Georg Elsner wollte durch das Attentat den Ausbruch des Krieges verhindern. Carl von Ossietzky sah seine Artikel und seinen Widerstand als Kampf gegen die Diktatur.

Widerstand von Politikern:

1. SPD (z. B. Kurt Schumacher, Julius Leber), KPD, „Kreisauer Kreis“ (Graf Moltke)
2. Die SPD stimmte gegen das Ermächtigungsgesetz. Nach dem Verbot der Partei rief sie von einer Exil-Zentrale in Prag aus immer wieder zum Widerstand gegen die Diktatur auf. Aus der KPD ging die Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ hervor, die u. a. mit Flugblättern zum Widerstand rief. Der „Kreisauer Kreis“ befasste sich seit 1942 mit der Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg. Es gab aber keine Umsturzversuche.
3. SPD, KPD wie auch der „Kreisauer Kreis“ richteten ihre Bemühungen gegen die Diktatur.

Lösung zu S. 56

Widerstand der Kirchen:

1. Graf von Galen (Bischof von Münster), Bernhard Lichtenberg (Domprobst in Berlin), Rupert Mayer (Münchner Jesuitenpater), „Pfarrernotbund“ (Martin Niemöller), „Bekennende Kirche“
2. Der Bischof von Münster leistete vor allem durch seine Hirtenbriefe und Predigten Widerstand. Außerdem erstattete er gegen die Nationalsozialisten Anzeige wegen Mordes. Der Berliner Domprobst brachte seinen Widerstand im Gebet für die Juden zum Ausdruck. Auch Rupert Mayer nutzte seine Predigten zum Aufruf zum Widerstand.
3. Der Bischof von Münster richtete seine Bestrebungen gegen die Rassenlehre und die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“. Der Berliner Domprobst protestierte deutlich gegen die Ermordung der Juden. Pater Rupert Mayer richtete sich allgemein gegen die unmenschlichen Praktiken des NS-Regimes. Der „Pfarrernotbund“ bzw. die „Bekennende Kirche“ richtete ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar ist.

Widerstand der Jugend/Studenten:

1. „Edelweißpiraten“ (Köln), „Die Weiße Rose“ (München, Prof. Kurt Huber, Geschwister Scholl)
2. Die „Edelweißpiraten“ lieferten sich Prügeleien mit der Hitlerjugend und führten kleine Sabotageakte gegen Gestapo und SS durch. „Die Weiße Rose“ nutzte für den Widerstand vor allem Flugblattaktionen.
3. Die „Edelweißpiraten“ richteten sich gegen den blinden Gehorsam dem Führer und den Organen des nationalsozialistischen Regimes gegenüber. Sie wollten sich gegen den Terror, den sie täglich erlebten, zur Wehr setzen. „Die Weiße Rose“ rief in ihren Flugblattaktionen die Bevölkerung zum Sturz der Diktatur auf.

Lösung zu S. 57

Siehe Lösungen zu S. 55 und 56.

Lösung zu S. 58

1. Generaloberst Ludwig Beck, Oberst Graf von Stauffenberg
2. Oberst Graf von Stauffenberg brachte am 20. Juli 1944 eine Bombe mit zu einer Besprechung, die im zum „Führerhauptquartier“ gehörenden Teehaus stattfinden sollte. Während der Besprechung ließ er sich durch einen Telefonanruf hinausrufen und zündete dann die Bombe. Da das Teehaus allerdings keine Wände und Böden aus Stein oder Beton hatte, konnte der Druck der Explosion leicht entweichen. Die Anwesenden, und mit ihnen auch Hitler, wurden verletzt und ins Freie geschleudert, kamen aber zumeist mit dem Leben davon. Graf von Stauffenberg glaubte, die Bombe hätte Hitler getötet und floh aus dem Hauptquartier nach Berlin, wo der geplante Umsturz eingeleitet wurde. Dieser schlug aber trotz einiger Teilerfolge fehl.
3. Die Attentäter wollten Hitler beseitigen, um an seiner Stelle sofort eine neue Regierung einzusetzen und den Krieg umgehend zu beenden. Die militärische Niederlage war zu diesem Zeitpunkt schon vorhersehbar.
4. Dem Attentat kommt damals wie heute weniger Bedeutung bei als beispielsweise dem von Georg Elsner ausgeführten Attentatsversuch oder dem Widerstand der „Weißen Rose“. Dies liegt daran, dass die Ziele der Widerstandskämpfer höchst zweideutig gesehen werden können. Deutschland stand vor einer großen Niederlage, der Krieg war praktisch schon verloren, die Verluste und die Zerstörung nahm täglich zu. So kann als Ziel der Widerstandskämpfer gut gesehen werden, dass diese ein schnelles Ende des Krieges herbeiführen wollten, um eine vollständige Niederlage zu vermeiden und – es handelte sich ja fast ausschließlich um Widerständler aus dem Adel – um nicht selbst Land, Besitz und Einfluss zu verlieren.

Lösung zu S. 59

- Vorgeschichte: Niederlage im Ersten Weltkrieg, Versailler Vertrag
- Gründe für den Krieg: Anstreben einer Weltmachtstellung, Eroberung neuen Lebensraums, rassenideologische Motive
- Anlass: Von deutscher Seite werden verschiedene Vorfälle, u. a. der Überfall auf den Sender Gleiwitz durch polnische Widerstandskämpfer, vorgetäuscht, um einen Grund zur Invasion Polens zu haben.
1. September 1939: Angriff auf Polen
3. September 1939: Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs an Deutschland

Die wichtigsten Kriegereignisse:

- 1939 Polenfeldzug
- In einem Blitzkrieg von kaum mehr als einem Monat nahm Deutschland, gestärkt durch die Sowjetunion, Polen ein. Das Land wurde unter Deutschland und der Sowjetunion entsprechend des Abkommens von Brest-Litowsk ausgeteilt.

- 1940 Angriffskrieg im Westen Vorstoß Richtung Frankreich. Die neutralen Niederlande, Belgien und Luxemburg werden angegriffen. Diese kapitulieren nach kurzer Zeit. Die deutsche Armee rückt in der „Schlacht um Frankreich“ nun weiter nach Süden und Südosten vor und bereits wenig später erfolgt der kampflose Einmarsch in Paris. Die französische Armee wird eingekesselt. In einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Frankreich und Deutschland wird ein Fünftel der wichtigsten Industriestandorte Frankreichs unter deutsche Besatzung gestellt.
- 1940 Kriegseintritt Italiens Italien schließt sich dem Krieg Deutschlands gegen Frankreich an. Im Zuge des Waffenstillstandsvertrages erhält Italien Land in Südfrankreich. Italien dehnt den Krieg weiter auf Griechenland und Afrika aus, wodurch es auch zu Kämpfen gegen Großbritannien kommt.
- 1941 Balkanfeldzug Zur Sicherung der Südostflanke beginnt Deutschland mit einem Angriff auf Griechenland und Jugoslawien. Innerhalb von wenigen Wochen fallen Griechenland und Jugoslawien und werden von deutschen Truppen besetzt.
- 1941 Kriegseintritt der USA Nachdem Japan 1940 den Dreimächtepakt mit Italien und Deutschland geschlossen hat, marschiert es in Indochina ein und stößt bis Thailand vor. Großbritannien und die USA antworten darauf mit einem vollständigen Embargo. Japan sieht sich gezwungen, durch weitere Expansion Richtung Südostasien an neue Rohstoffe zu kommen. Dabei schreckt Japan auch nicht vor einem Angriff auf die amerikanische Pazifikflotte bei Pearl Harbour zurück. Die USA erklären Japan, Deutschland und Italien daraufhin den Krieg.
- 1941 Krieg gegen die Sowjetunion Am 22. Juni 1941 beginnt der wegen des Balkanfeldzuges verschobene Angriff auf die Sowjetunion. Zu einer ersten Krise kommt es im August, als der Widerstand der sowjetischen Armee sich drastisch verstärkt. Nach der russischen Gegenoffensive im Dezember wird die deutsche Offensive beendet. Es kommt zum Übergang zur Verteidigung.
- 1942 Schlacht um Stalingrad Hitler befiehlt die Sommeroffensive gegen die Sowjetunion, um Zugriff auf die Ölvorkommen zu erhalten. Im August beginnt die Schlacht um Stalingrad, doch im November gelingt es der sowjetischen Armee Stalingrad und die deutschen Truppen einzukesseln. Im Februar 1943 kommt es zur Kapitulation der deutschen Truppen.
- Die Wende: Beginnend mit der Kapitulation bei Stalingrad gewannen die Alliierten 1943 an allen Kriegsschauplätzen die Oberhand.
- „Totaler Krieg“: Im Februar 1943 ruft Goebbels in seiner Berliner Sportpalastrede zum „Totalen Krieg“ auf. Es erfolgt totale Mobilisierung, Produktionsmittel und Arbeitskraft der Zivilbevölkerung werden Bestandteil des Kriegsapparates.
- Kriegsende: Ende 1944 erreichten die Alliierten die Reichsgrenzen Deutschlands. Mit der Frühjahrsoffensive erobern die sowjetischen Truppen die Krim zurück, mit ihrer Sommeroffensive stoßen sie bis kurz vor Warschau vor. Im Westen gelingt den Alliierten nach der

Invasion in der Normandie die Befreiung Frankreichs. Die Alliierten dringen weiter Richtung der deutschen Grenzen vor, doch erst im Februar 1945 gelingt es der amerikanischen Armee bis zum Rhein vorzurücken. In den folgenden Wochen und Monaten wird Deutschland Schritt für Schritt von den Alliierten erobert und besetzt. Hitler begeht am 30. April 1945 Selbstmord. Am 7. Mai 1945 unterzeichnet Generaloberst Jodl die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Truppen.

Lösung zu S. 60

1. 1. September 1939: Einmarsch deutscher Truppen in Polen; keine Kriegserklärung gegen Polen
3. September 1939: Frankreich und England erklären Deutschland den Krieg; aber kein Angriff im Westen
Einmarsch der „Roten Armee“ in Polen von Osten her
Nach 18 Tagen war Polen eingenommen; Aufteilung des Landes zwischen Deutschland und der Sowjetunion
2. Hitler besetzte Norwegen und Dänemark, um die Versorgung mit Rohstoffen sicher zu stellen, da englische Kriegsschiffe die Seewege nach Deutschland blockierten.
3. England und Frankreich fühlten sich nicht stark genug, um Deutschland anzugreifen.

Lösung zu S. 61

1. 10. Mai 1940: Deutsche Truppen beginnen mit dem Angriff auf Frankreich; Eroberung der neutralen Länder Niederlande, Belgien, Luxemburg
20. Mai 1940: Die Truppen erreichen die französische Kanalküste
Kampflose Besetzung von Paris; Frankreich handelt einen Waffenstillstand aus
2. Frankreich war zum Großteil von deutschen Truppen besetzt; Elsass-Lothringen wurde in das Deutsche Reich eingegliedert
3. Eine Invasion deutscher Truppen in England war nicht möglich, da Deutschland nicht die Luftherrschaft über den Kanal erringen konnte. Diese war ausschlaggebend dafür, dass Truppentransporte sicher nach England gelangen konnten.

Lösung zu S. 62

1. Ab dem 22. Juni 1941 drangen riesige deutsche Armeen Richtung Osten vor.
Im Herbst ließ Hitler Leningrad belagern. Die Belagerung dauerte 900 Tage!
Im Oktober wurden die deutschen Truppen beim Angriff auf Moskau von der Schlammperiode überrascht. Dann verhinderte der Wintereinbruch, der die deutschen Soldaten unvorbereitet traf, ein weiteres Vorankommen.

Im Dezember nahmen die russischen Truppen den Gegenangriff auf. Die deutschen Truppen mussten sich erstmals zurückziehen.

2. Der Russlandfeldzug ging einher mit schlimmsten Verlusten auf beiden Seiten. In verschiedenen Kesselschlachten wurden drei Millionen russische Soldaten gefangen genommen. Aufgrund unzureichender Ernährung kam es unter ihnen zu Massensterben. Außerdem brachten SS, Gestapo und Wehrmachtssoldaten hinter der Front rund 550 000 Menschen um. Während der Belagerung Leningrads starben dort ca. 800 000 Menschen. Beim Gegenangriff der russischen Armee gab es auf deutscher Seite rund 200 000 Tote und Verletzte, dazu etwa 500 000 Vermisste.
3. Die größten Schwierigkeiten, auf die die deutschen Truppen stießen, wurden durch die Jahreszeiten verursacht. Im Herbst verhinderte die Schlamperperiode ein Vorankommen, im Winter starben Zehntausende Soldaten, da sie für die Kälte nicht richtig ausgerüstet waren.

Lösung zu S. 64

1. Mit dem „Totalen Krieg“ wurde dazu aufgerufen, alles was an Produktionsmitteln und Arbeitskraft zur Verfügung stand für den Krieg zu verwenden. Ungeachtet der Verluste wurden auch Kinder und alte Menschen zum Kriegsdienst herangezogen. Durch Propaganda und rhetorische Mittel manipulierte Goebbels die Menge so, dass diese schließlich mit Begeisterung dem Aufruf zum totalen Krieg zustimmte. Die Zuhörer in der Sportarena waren gezielt ausgewählt und sollten einen Querschnitt des Volkes demonstrieren. Um alle zu erreichen, knüpfte Goebbels seine Rede an den Kriegsoffern an. Wohl fast jeder der Anwesenden hatte durch den Krieg Verluste in der eigenen Familie oder im Freundeskreis zu verzeichnen. Goebbels richtete seine Rede geschickt so darauf hin aus, dass alle, die einem totalen Krieg nicht zustimmen oder gar dagegen protestieren würden, als Versager und Verräter an den Kriegsoffern erscheinen würde. Hinzu kam, dass dem Volk immer wieder von neuen „Wunderwaffen“ berichtet wurde, die es in Wirklichkeit gar nicht gab.
2. Der Befehl besagte, dass alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte, die dem Feind bei seinem Vorstoß auf deutsches Gebiet in die Hände fallen könnten, zerstört werden müssten, damit diese nicht gegen Deutschland genutzt werden könnten. Hitler zeigte damit deutlich, dass es ihm nicht um das deutsche Volk ging, sondern nur darum, dem Feind zu schaden. Denn mit diesem Befehl mussten auch solche Einrichtungen zerstört werden, die dem deutschen Volk während des Krieges oder nach Kriegsende hilfreich gewesen wären.